



Abonnementpreis: Seite 90 Pf. (General-Anzeiger) 60 Pf. ...  
Druck und Verlag: Rudolf Wolff in Berlin.

„Berliner Tageblatt“ und „Landes-Zeitung“ ...  
Gef. Redakteur: Rudolf Wolff in Berlin.

# Berliner Tageblatt

Nr. 44 43. Jahrgang und Handels-Zeitung Sonntag 25. Januar 1914

Siehe die illustrierte Halbwochenschrift „Der Welt-Spiegel“ Nr. 8.

## Politische Wochenschau.

Von Paul Michaelis. (Manuskript von Prof. Dr. Michaelis.)

Abermals Zabern. — Der dekorierte Oberst. — „Trübe Fluten.“ — Demokratie gegen Aristokratie. — Der Preussentag. — Sozialer und wirtschaftlicher Stillstand.

Zum zweiten Male wurden am Freitag die Zaberner Vorgänge vor das Forum des Reichstags gezogen. Den äußeren Anlaß der von der Sozialdemokratie und der Fortschrittlichen Volkspartei gestellten Interpellationen bilden diesmal die Verhandlungen des Strafgerichtes gegen den Oberst v. Reuter. Aber letzten Grundes drehte sich die Debatte noch immer um die Kernfrage, ob die Militärgerichtsverfassung über Recht und Verfassung hinweggehen dürfe, oder ob sie im bürgerlichen Recht ihre notwendige Schranke finde. Soweit der Oberst v. Reuter selbst und sein Verhalten in Betracht kommt, ist die Entscheidung bereits zu seinen Gunsten gefallen. Das Kriegsgericht hat ihn freigesprochen und die höhere Instanz hat auf eine Verurteilung oder Revision des Strafverfahrens verzichtet. Ja, Oberst v. Reuter ist beim letzten Urteilsfäll demontriert deklariert worden. Es ist dabei sehr gleichgültig, ob er an der Spitze war, oder ob er gerade wegen seines Beschlusses im „Friedenskrieg“ begnadigt worden ist. Denn auch im ersten Fall hätte die Kriegsverfahren richtiger rüdigung gemacht werden können, wenn sein Verhalten in Zabern an höherer Stelle mäßigend bemerkt worden wäre. Die Deklaration zwischen der ersten und der zweiten Zaberner-Interpellation beweist, daß dem Oberst v. Reuter kein Verzeihnis in die bürgerliche Rechtsprechung nichts geschadet hätte, er im Gegenteil. Daß dieser bedeutende Einzelvorgang nicht gerade dazu beitragen konnte, die Mißstimmung in der Volkshingehigen Bevölkerung zu dämpfen, verstand sich von selbst. Es konnte denn auch nicht weiter überflüssig, daß sich die erste reichslandtägliche Kammer durchaus der Auffassung der zweiten Kammer anschloß und wie diese einmütig gegen die Verurteilung ähnlicher Verhältnisse sichere Garantien verlangte. Es stimmt in dieser Forderung durchaus mit der überlegenen Mehrheit des deutschen Reichstags überein.

Nur ist leider noch sehr die Frage, ob die gebotenen Garantien auch wirklich gemäß dem allgemeinen Rechtsempfinden des Volkes gewahrt werden sollen. Soviel ist ja gewiß, daß die Reaktionen von 1870/71, die fast ein Jahrhundert hindurch ein leuchtendes Zeugniss für den Staat, nicht in ihrer bisherigen Gestalt weiter existieren wird. Es war bereits bekannt, daß der Kaiser eine Nachprüfung der Dienstvorschrift über den Waffengebrauch des Militärs angeordnet habe. Am Freitag hat der Reichstag nun hinzu-gefügt, daß diese Prüfung mit möglichster Beschleunigung durchgeführt und die Zusammenstellung mit ihrem Ergebnis in Einklang gebracht werden solle. Vornehmlich wird also gesehen, um wenigstens für die Zukunft einer neuen Auflage des Zädelregiments vorzubeugen. Ob aber die in Aussicht gestellten Maßnahmen dazu ausreichen werden, das steht noch sehr dahin. Der fortschrittliche Initiativantrag über den militärischen Waffengebrauch und die Anträge der übrigen Parteien stellen wenigstens einen sehr dankenswerten Versuch in dieser Richtung dar. Daß sich die Mehrheit vom 2. Dezember hinter sie stellte, war um so bedeutungsvoller, als die Vertreter der verbündeten Regierungen sich der Beratung gütlich fernhielten. Es wird am Reichstag liegen, bei der Stange zu bleiben und zu verhindern, daß die Reform behandelt, wie es leider mit der Verfassungssache nach dem Novemberdebatte von 1908 der Fall gewesen ist.

Zunächst indessen muß man sich klar sein, daß eine kleine Korrektur der gesetzlichen Bestimmungen über die militärischen Rechte und Pflichten nicht ausreichen würde, um die sehr starke Erregung des Volkes über die Zaberner Vorgänge und ihre Konsequenzen zu beseitigen. Zabern war schließlich nur ein besonders deutliches Symptom der deutschen Gegenwart. Herr v. Bethmann hat es nicht vermocht, sich in seiner Weise der Erkenntnis zu verschließen, daß die deutsche Gegenwart nicht nur ein mehr als bloß ein Zaberner handle, nicht verschließen. Er sprach denn auch von den „trüben Fluten“, die der Fall Zabern aufgewühlt habe. Und er hat recht, man konnte eine ganze Nation darin erkennen. Nur schien er sich nicht ganz klar darüber zu sein, wie eigentlich diese Fluten aufgewühlt habe. Wenn man seiner Autorität allein glauben will, dann wäre das Wasser und damit schließlich das deutsche Volk mit einem Epopt verflochten, und die Sozialdemokratie, die die feierliche Gewalt unter ihren Zwang bringen wollte, die herrschenden Kräfte seien besser, an ihre eigene Brüst zu schlagen und sich zunächst einmal die ernste Frage vorzulegen, was sie selbst tun müßten, um die Wunde in der bisher nur herummagelüßte Wunde zu heilen. Der Wille dazu ist, wenigstens im vorliegenden Übermaß in Frage kommt, gewiß vorhanden. Nur ist nach der Meinung einer bescheidenen Minderheit, die von dem Kern des deutschen Bürgerturns geteilt wird, dazu noch etwas mehr nötig, als

ein Lob des Bestehenden und zumal der deutschen Armee. Diese Armee will niemand, dem es Ernst mit der Kulturmission des Deutschen Reiches ist, verkleinern. Aber deshalb kann man sehr wohl die bestimmte Forderung aufstellen, daß auch die Armee ihren Gesamtinteressen des deutschen Volkes anordnet, daß sie, was sie heute noch nicht in allen Stücken ist, zu einem wirklichem Volksherr werden muß.

Das ist erfreulicherweise bei der Interpellationsdebatte vom letzten Freitag mit aller Bestimmtheit zum Ausdruck gekommen. Wenn am 3. Dezember der Zentrumsabgeordnete Fehrenbach aussprach, was ist, so waren es am letzten Freitag die beiden Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei, der Abgeordnete v. Vixti und der Abgeordnete Blummann, die der wirklichen Volksmeinung zur breiten Geltung verhalfen. Der Abgeordnete v. Vixti ging dem „fabelhaften Mauthedenismus“ mit den schärfsten juristischen Waffen auf den Leib, und der Abgeordnete Raumann ließ gegenüber den preussischen Parteiführern den Gedanken des einen und freier Landtags leuchten. Klärung vor Menschen, Klärung auf volkstümliches Empfinden, Genauheit mit Verstand, Menschlichkeit gepaart, das ist es, was gefordert werden muß, was das deutsche Volk über die Zaberner Klippe glücklich hinwegkommen soll. Soviel immer bisher gefordert worden ist, hier liegt die Möglichkeit, peinliche Konflikte auszugleichen und für die Zukunft zu verhindern. Aber man wird sich leider fragen müssen, ob es bis zu diesem Ziele noch einen weiten Weg zurücklegen gilt. Man wird noch nicht einmal die Sicherheit aus den Debatten der letzten Woche mitnehmen können, daß auch nur der erste Wille zu dieser wohlthätigen Politik der Verhöhnung vorhanden ist.

In einer Beziehung allerdings hat die letzte Woche bereits eine gewisse Klärung gebracht. Die letzten Preussen haben eine Schlappe erlitten, von der sie nicht so leicht erholen werden. Sie hatten es auch so toll getrieben, daß es zum Bruch kommen mußte. Der Preussentag des neugegründeten Preussenbundes glaube ungetraut das ganze deutsche Volk herausfordern zu können. Wohl noch nie, solange das Deutsche Reich besteht, ist so ungeheures noch ein Beschimpfung des Reichstags und ein Gerüstung der übrigen deutschen Stämme geübt worden, als auf dem Preussentag, der noch dazu in einem Raume des preussischen Abgeordnetenhauses tagen durfte. Aber es stellte sich sehr bald heraus, daß auch die Geduld der übrigen deutschen Volksstämme eine Grenze hat. Aus Zabern kamen so stürmische Proteste gegen die Großpreusserei und Verunglimpfung, die sich ein Redner des Preussentages erlaubt hatte, daß man wohl auch an den letzten Stellen der Reichsregierung flüchtig geworden ist, und selbst die konservative Partei sah sich genötigt, von dieser fompromittierlichen Gesellschaft etwas abzurufen. Aber mit behöhnigen Worten allein ist es nicht getan. Der Abgeordnete v. Vixti hat am Freitag eine sehr wahre Bemerkung gemacht, als er sagte, daß der Gegensatz von Monarchie und Demokratie nur künstlich sei. Der Gegensatz der Demokratie ist die Aristokratie, die unter dem monarchischen Deckmantel besser ihre Geschäfte machen wolle. Um es noch deutlicher zu sagen: Es ist das preussische Junkertum, das in dem seiner Natur nach auf die große Masse gestellten deutschen Reichstag seinen eigenen Feind sieht. Deshalb war es nur ganz folgerichtig, daß ein Redner des Preussentages vom Reichstag als von einer „gemischten Gesellschaft“ und einer „Motte“ sprach. Für das Volk ist umgekehrt die wichtigste Aufgabe, das preussische Junkertum in die ihm gebührende sehr engen Schranken zurückzujagen.

Der Kampf um die Volksherrschaft bedeutet nur einen Teil dieser Aufgabe. Es kommt nicht minder darauf an, durch soziale und wirtschaftliche Reformen die Volkskraft zu entwickeln. Und auch auf diesen Gebieten ist leider von dem heutigen Kurs der Reichsregierung wenig oder nichts zu erhoffen. Stagnation in sozialpolitischen wie in wirtschaftlicher Beziehung, das war das Programm, das der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück am Dienstag im Reichstag proklamierte. Wenn es nach dem Willen der preussischen Regierung geht, dann wird in der Sozialpolitik erst einmal eine längere Pause eintreten. Mögen immer die Mißstände auf dem Arbeitsmarkt sich als höchst bedrohlich herausstellen, mag die Arbeitslosigkeit sehr bedenklichen Umfang annehmen, die Reichsregierung hält alles, was noch auf sozialpolitischen Gebiet zu tun bleibt, noch nicht für fruchtbar. Und die gleiche Zurückhaltung nimmt sie sich in der Wirtschaftspolitik an. Die Reichsregierung hat im Herbst 1902 gewaltig durchgedrückte Zolltarif, dessen Mangel und Minderheiten sich nicht bekümmern lassen, soll einfach bestehen bleiben, wie er ist.

Das in absehbarer Zeit ein gründlicher Wandel unserer Sozialpolitik nicht zu erwarten sei, damit hatte man sich wohl über über längere schon abgefunden. Daß aber überhaupt nichts an dem bestehenden Zustand geändert werden sollte, das heißt denn doch die tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse verweigert. Allerdings ist in diesem Falle die Reichsregierung nicht völlig Herr ihrer Entschlüsse. Wenn Herr Dr. Delbrück erklärt, daß die Regierung nicht die Absicht habe, dem Reichstag eine Novelle zum Zolltarif vorzulegen, so muß er doch die vorläufige Einschränkung machen: ein Wille. Denn das deutsche Reich ist nun einmal weit davon entfernt, einen in sich geschlossenen Sonderstaat darzustellen. Es ist in Ausübung und Einfuhr auf das Ausland in sehr umfassendem Maße angewiesen. Und das Ausland scheint sich doch etwas

gegen die ihm zugedachte Rolle, an den bestehenden Verhältnissen nicht zu rütteln, zu sträuben. Von ökonomischer Seite ist bereits erklärt worden, daß eine einfache Verlängerung des deutsch-österreichischen Handelsvertrages undenkbar sei. Wenn das bereits von unserem eigenen Bundesgenossen erklärt wird, so darf man wohl annehmen, daß die übrigen Vertragsstaaten gleichfalls einige Wünsche geltend machen werden. So wird schon das Ausland dafür sorgen, daß wir wirtschaftlich nicht völlig einschließen. Aber für das heutige Regime ist es allerdings sehr bezeichnend, daß es immer erst angehalten werden will, ehe es sich zu einer Tat aufrafft. Um so notwendiger ist es, gegenüber dem herrschenden Stillstand, der in wirtschaftlich ein Rückschritt ist, die Gedanken des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts nachdrücklich zur Geltung zu bringen.

## Der Londoner Schmiegelderprozeß.

Teure Anflagen. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 24. Januar. Die heutige Verhandlung im Armeekontinentalland, in dem gegen acht Militärpersonen, die für die Verwendung von Kontinentallieferungen Schmiegelder angenommen haben und gegen acht ehemalige und jetzige Angestellte der Firma Lipton, die diese Schmiegelder angeboten und bezahlt haben, verhandelt wird, hat neue Enthüllungen gebracht. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft Minto teilte nämlich mit, daß noch weitere unter Anklage gestellt werden: Oberleutnant Wittaker, der frühere Kommandant des in Malta stationierten zweiten Bataillons des leichten Infanterieregiments von Yorkshires und James Robb, der frühere Adjutant für Lipton in Malta. Als Kommandant des Walliser Bataillons, für das Lipton die Kontinentallieferungen hatte, konnte Wittaker die Verträge mit Lipton aufrechterhalten oder aufheben, und um sich die Freundschaft Liptons zu sichern, sandte ihm Robb jedes halbe Jahr einen Scheck, der dreitausend Mark betragen zu haben scheint. Der Vertreter der Anklage wies dann weiter auf die Tatsache hin, daß hier ein Fall vorliegt, in welchem Militärs, die von der Seite aufgeben hätten und deren finanzielle Lage sie nicht von allen Verbindungen schlichte, systematisch und unangelegentlich von Minto in Verbindung gebracht wurden, die ihrerseits nur die Befehle ihrer Vorgesetzten und eines mächtigen wirtschaftlichen Konzerns ausführten. Die hauptsächlichsten seien die Befehlenden, nämlich die Direktoren von Lipton, Minto und Cassfield, die wie bereits vor acht Tagen erwähnt wurde, zu den angeklagten Militärpersonen gehören. Mamentlich Minto hatte das ganze Schmiegeldvergehen in der Hand und organisierte das ganze Schmiegeldvergehen. Nach ihm bediente sich Cassfield des gleichen Schemas, wenn auch nicht ganz in derselben Ausdehnung. Aus einer Liste geht hervor, daß im Geschäftsjahre 1909 von einem einzigen Angestellten, Säumer, der in diesem Bereich als Zeuge auftritt, 15 500 Mark für Schmiegelder bezahlt wurden. Am nächsten Freitag wird die Verhandlung fortgesetzt.

## Die albanische Anleihe.

Zwanzig Millionen Voranschlag.

Wie wir erfahren, nehmen die Verhandlungen über die albanische Anleihe einen günstigen Verlauf. So daß diese Frage im Prinzip als geregelt angesehen werden kann. Da mit der Lösung der Anleihe die letzten Schwierigkeiten entfallen, die einer Abreise des Prinzen zu Wien nach Albanien noch entgegenstanden, erscheint die Ankunft des neuen Fürsten in Durazzo im Laufe des nächsten Monats als gesichert. Auf die Anleihe, die 75 Millionen Kronen betragen und von allen Mächten garantiert werden soll, wird zunächst ein Betrag von zwanzig Millionen zur Auszahlung gelangen. Er soll für die Vergütung der Verwaltung und der Wahlen verwendet werden. Ein größerer Betrag wird zur Verbesserung der bestehenden und zur Anlage neuer Straßen dienen.

## Die serbischen Interessen in Albanien.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Belgrad, 24. Januar. Der neue serbische Gesandte Spalajkovič hat sich in Gesprächen mit Journalisten über einige politische Fragen geäußert und dabei erklärt, Serbien stehe vor der schweren Aufgabe einer Neuordnung auf der Balkanhalbinsel. Man könne aber gegenwärtig noch nicht mit voller Ruhe die einzelnen Vorgänge auf dem Balkan betrachten. Für Serbien sei es aberaus wichtig, daß in Albanien alles ruhig bleibe, weil sonst die Wehrkraft Serbiens gefährdet werde. Außerdem fordere Albanien wirtschaftliches Interesse, so daß es wohl an der Zeit wäre, den Bau der Adriabahn zu verwirklichen. Was Bulgarien betreffe, so seien alle Klagen über serbische Verdrängung in Mazedonien völlig unbegründet. Die Bevölkerung sei mit dem neuen Regime zufrieden. Die griechisch-serbischen Beziehungen seien in keinem bedauerlichen Stadium. Da zwischen beiden Staaten einseitig Streitigkeiten bestehen, auch mit Rumänien stehe Serbien in freundschaftlichen Beziehungen, da beide Staaten von dem Wunsch befreit seien, das Gleichgewicht auf dem Balkan aufrecht zu erhalten. Die Beziehungen zur Türkei